

Die Stadt Bad Driburg informiert

Die Amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Bad Driburg sind auch auf der Internetseite www.bad-driburg.de veröffentlicht.

Donnerstag, 7. Dezember 2017



Amtliche Bekanntmachungen

Bad Driburg, 30.11.2017

Einladung 25. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Montag, dem 11.12.2017, 18:00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Tagesordnung:

A Öffentliche Sitzung

- A.1 Erhöhung der Entgelte und Gebühren für den Ruheforst Bad Driburg
- A.2 Mitteilungen der Verwaltung
Der Bürgermeister
gez. Burkhard Deppe

Bad Driburg, 30.11.2017

Einladung 11. Sitzung des Ausschusses für Schulen, Bildung, Kultur und Sport am Dienstag, dem 12.12.2017, 18:00 Uhr Schulzentrum Bad Driburg

Tagesordnung:

A Öffentliche Sitzung

- A.1 Grundschule Bad Driburg
Umbaumaßnahmen
- A.2 Gesamtschule Bad Driburg – Altenbeken zum Schuljahr 2017/18
- A.3 Anregung der Gemeinde Altenbeken vom 13.10.2017 betreffend Schulpolitik
- A.4 Informationen über Schülerzahlen im Grundschulbereich und in der Gesamtschule ab 2018 ff.
- A.5 Mitteilungen der Verwaltung
Der Vorsitzende
gez. Matthias Göke

Bad Driburg, 30.11.2017

Einladung 11. Sitzung des Betriebsausschusses am Mittwoch, dem 13.12.2017, 18:00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Tagesordnung:

A Öffentliche Sitzung

- A.1 Quartalsbericht Abwasserwerk III/2017
- A.2 Wirtschaftsplan Abwasserwerk 2018
- A.3 Neuerlass der Entwässerungssatzung, der Abwassergebührensatzung und der Satzung über die Kleinkläranlagen der Stadt Bad Driburg
- A.4 Mitteilungen der Verwaltung
Der Vorsitzende
gez. Wolfgang Jando

Bad Driburg, 30.11.2017

Einladung 34. Sitzung des Ausschusses für Bau, Straßen und Umwelt am Donnerstag, dem 14.12.2017, 18:00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Tagesordnung:

A Öffentliche Sitzung

- A.1 Vortrag zur Vergabeform der Architektenwettbewerbe
- A.2 Fußgängerüberweg Pyrmonter Straße, Bad Driburg
Sicherungsmaßnahmen
- A.3 Bericht zum Stand der Sanierung des Flachdaches der Südstadtschule
- A.4 Fällung von Bäumen
- A.5 Bebauungsplan Herste Nr. 2
Festsetzung der Spielplatzfläche Trift
- A.6 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9 Dringenberg, im Bereich Wanderweg / Einmündung Siegmansbreite;
hier:
 - Abwägung der Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB) und der parallelen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB)
 - Satzungsbeschluss zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9

Dringenberg im Bereich Wanderweg / Einmündung Siegmansbreite
A.7 Mitteilungen der Verwaltung
Der Vorsitzende
gez. Horst Verhoeven

Bad Driburg, 30.11.2017

Einladung 42. Sitzung des Stadtrates am Montag, dem 18.12.2017, 18:00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Tagesordnung:

A Nichtöffentliche Sitzung

- A.1 Breitbandausbau in den Ortsteilen der Stadt Bad Driburg
hier: Auftragsvergabe
- A.2 Abschluss einer Vereinbarung
- A.3 Grundstücksangelegenheiten
- A.4 Grundstücksangelegenheiten

B Öffentliche Sitzung

- B1 Umbesetzung von Ausschüssen
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2017, eingegangen am 24.11.2017
- B2 Wirtschaftsplan Abwasserwerk 2018
- B3 Neuerlass der Entwässerungssatzung, der Abwassergebührensatzung und der Satzung über die Kleinkläranlagen der Stadt Bad Driburg
- B4 Erhöhung der Entgelte und Gebühren für den Ruheforst Bad Driburg
- B5 **2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9 Dringenberg, im Bereich Wanderweg / Einmündung Siegmansbreite;**
hier:
 - Abwägung der Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB) und der parallelen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB)
 - Satzungsbeschluss zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9 Dringenberg im Bereich Wanderweg / Einmündung Siegmansbreite
- B6 Bebauungsplan Herste Nr. 2
Festsetzung der Spielplatzfläche Trift
- B7 Mitteilungen der Verwaltung
- B8 Anfragen der Bürger
- B9 Ehrungen
Der Bürgermeister
gez. Burkhard Deppe

Bekanntmachung

Gem. § 117 der Gemeindeordnung (GO NW) in der derzeit gültigen Fassung sind die Städte verpflichtet, einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts zu erstellen und jährlich fortzuschreiben. Der Bericht soll ein Mindestmaß an entscheidungsrelevanten Daten zur Verfügung stellen und der Information der Ratsmitglieder und der Einwohner dienen. Insbesondere erfolgt eine Darstellung über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks, die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen der Beteiligungen, die Beteiligungsverhältnisse und die Zusammensetzung der Gesellschaftsorgane.
Der Beteiligungsbericht 2016 wurde in der Sitzung des Stadtrates am 27.11.2017 bekannt gegeben.

Der Beteiligungsbericht liegt für jedermann innerhalb der Dienststunden im Rathaus, Zimmer Nr. 120, öffentlich aus.

Bad Driburg, 29.11.2017

STADT BAD DRIBURG

Der Bürgermeister

Burkhard Deppe

Bekanntmachung

Bauleitplanung der Stadt Bad Driburg

„BA01 Freiherr-vom-Stein-Straße / Scharnhorststraße“

vormals BA 31 „Parkblick“

hier: frühzeitige Unterrichtung und Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gemäß § 3 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB)

Der Ausschuss für Bau, Straßen und Umwelt hat in seiner Sitzung am 23.11.2017 die Durchführung des frühzeitigen Beteiligungsverfahrens für die Entwurfsfassung des BA 01 „Freiherr-Vom-Stein-Straße / Scharnhorststraße“ mit der dazugehörigen Begründung und dem Umweltbericht in der jeweiligen Entwurfsfassung beschlossen. Ziel des Verfahrens ist einerseits die Überplanung der überdimensionierten Verkehrsplanung und die Berücksichtigung eines inzwischen notwendigen Regenrückhaltebeckens. Insgesamt sollen die Festsetzungen des Ursprungsplanes in Bezug auf

Die Stadt Bad Driburg informiert



Die Amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Bad Driburg sind auch auf der Internetseite www.bad-driburg.de veröffentlicht.

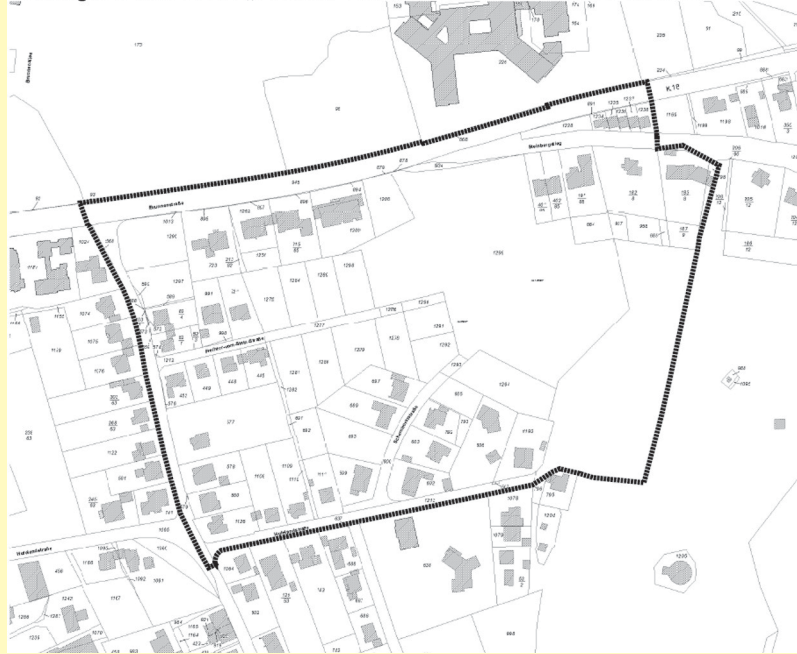
Donnerstag, 7. Dezember 2017

Baugrenzen und Grünflächen an zeitgemäße städtebauliche Ziele sowie Bauhöhen an aktuelle Baustandards angepasst werden. Das Plangebiet ist in dem abgedruckten Lageplan dargestellt.

Die Öffentlichkeit kann sich in der Zeit vom **11.12.2017 bis 05.01.2018** während der allgemeinen Öffnungszeiten (montags bis freitags von 08.30 Uhr bis 12.30 Uhr, dienstags von 14 Uhr bis 16 Uhr, donnerstags von 14 Uhr bis 17 Uhr) im Rathaus der Stadt Bad Driburg - Am Rathausplatz 2, 33014 Bad Driburg, 1. Stock, (Infotafel vor Zimmer 223/224) - über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung informieren. Während dieser Auslegungsfrist besteht ebenfalls die Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung (Zimmer 220).
Bad Driburg, den 30.11.2017

STADT BAD DRIBURG
Der Bürgermeister
Burkhard Deppe

Geltungsbereich BA 01 „Freiherr vom Stein Straße / Scharnhorststraße“



Bekanntmachung

Die Gesellschafterversammlung der Bad Driburg-Solar-GmbH & Co.KG, Bad Driburg, hat am 24.05.2017 den Jahresabschluss und den Lagebericht der Bad Driburg-Solar-GmbH & Co. KG, Bad Driburg, zum 31.12.2016 festgestellt.

Der Jahresüberschuss 2016 beträgt

131.634,70 €

Der Jahresüberschuss in Höhe von 131.634,70 EUR wird (nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrages) wie folgt verwandt:

Die Jahresüberschuss 2016 soll durch eine Entnahme aus den Verrechnungskonten in Höhe von 131.634,70 € an die Gesellschafter der Bad Driburg Solar GmbH & Co. KG ausgeschüttet werden.

Jahresabschluss und Lagebericht liegen in der Zeit vom

18. Dezember bis 22. Januar 2018 einschließlich

im

Büro der Stadtwerke Bad Driburg GmbH
Am Rathausplatz 2, 33014 Bad Driburg

während der Dienststunden:

**montags bis donnerstags von 09.00 bis 12.00 Uhr und
von 14.00 bis 16.00 Uhr**
freitags von 09.00 bis 12.00 Uhr

zur Einsichtnahme aus.

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG Prüfungs- und Beratungsgesellschaft für den öffentlichen Sektor in Köln hat am 22. März 2017 folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

BESTÄTIGUNGSVERMERK

„Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bad Driburg-Solar-GmbH & Co. KG, Bad Driburg, für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages liegen in der Verantwortung der Geschäftsführung der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten

Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Bad Driburg, den 01.12.2017

Bad Driburg-Solar-GmbH & Co. KG

Der Geschäftsführer

Rainer Suhr

Bekanntmachung

Die Gesellschafterversammlung der Bad Driburg-EEnergie-Verwaltungsgesellschaft mbH, Bad Driburg, hat am 24.05.2017 den Jahresabschluss und den Lagebericht der Bad Driburg-EEnergie-Verwaltungsgesellschaft mbH, Bad Driburg, zum 31.12.2016 festgestellt.

Der Jahresüberschuss 2016 beträgt

1.250,00 €

Der Jahresüberschuss 2016 wird in die Kapitalrücklage eingestellt.

Jahresabschluss und Lagebericht liegen in der Zeit vom

18. Dezember 2017 bis 22. Januar 2018 einschließlich

im

Büro der Stadtwerke Bad Driburg GmbH
Am Rathausplatz 2, 33014 Bad Driburg

während der Dienststunden:

**montags bis donnerstags von 09.00 bis 12.00 Uhr und
von 14.00 bis 16.00 Uhr**
freitags von 09.00 bis 12.00 Uhr

zur Einsichtnahme aus.

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG Prüfungs- und Beratungsgesellschaft für den öffentlichen Sektor in Köln hat am 15. März 2017 folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

BESTÄTIGUNGSVERMERK

„Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bad Driburg-EEnergie-Verwaltungsgesellschaft mbH, Bad Driburg, für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages liegen in der Verantwortung der Geschäftsführung der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer

Die Stadt Bad Driburg informiert

Die Amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Bad Driburg sind auch auf der Internetseite www.bad-driburg.de veröffentlicht.

Donnerstag, 7. Dezember 2017



(IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

**KPMG Prüfungsgesellschaft
für den öffentlichen Sektor**

Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bad Driburg, den 01.12.2017

Bad Driburg-Energie-Verwaltungsgesellschaft mbH

Der Geschäftsführer

Rainer Suhr

Bekanntmachung

Die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Bad Driburg GmbH hat am 20.09.2017 den Jahresabschluss und den Lagebericht der Stadtwerke Bad Driburg GmbH zum 31.12.2016 festgestellt und über die Verwendung des Jahresüberschusses wie folgt beschlossen:

Der Jahresüberschuss 2016 in Höhe von

82.501,64 €

wird in Höhe in voller Höhe an die Gesellschafter Stadt Bad Driburg und Westfalen Weser Beteiligungen GmbH; ausgeschüttet.

Jahresabschluss und Lagebericht liegen in der Zeit vom

18. Dezember 2017 bis 22. Januar 2018 einschließlich

im

Büro der Stadtwerke Bad Driburg GmbH

Am Rathausplatz 2, 33014 Bad Driburg

während der Dienststunden:

montags bis donnerstags von 9.00 bis 12.00 Uhr und

von 14.00 bis 16.00 Uhr

freitags

von 9.00 bis 12.00 Uhr

zur Einsichtnahme aus.

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG Prüfungs- und Beratungsgesellschaft für den öffentlichen Sektor in Köln hat am 14. Juni. 2017 folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

BESTÄTIGUNGSVERMERK

„Wir haben den Jahresabschluss -- bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang -- unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stadtwerke Bad Driburg GmbH, Bad Driburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages liegen in der Verantwortung der Geschäftsführung der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prü-

fung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Bad Driburg, den 01.12.2017

Stadtwerke Bad Driburg GmbH

Der Geschäftsführer

Rainer Suhr

Öffentliche Bekanntmachung über die Feststellung des Jahresabschlusses 2016 sowie Verwendung des Jahresüberschusses 2016 und Entlastung des Bürgermeisters

Der Rat der Stadt Bad Driburg hat in seiner Sitzung am 27.11.2017 gem. § 96 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen den vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Jahresabschluss 2016 festgestellt und dem Bürgermeister uneingeschränkte Entlastung erteilt. Im Rahmen der Feststellung fasste der Rat nach § 96 Abs. 1 Satz 2 GO NRW den Beschluss, den Jahresüberschuss 2016 in Höhe von 1.280.254,97 € der Ausgleichsrücklage zuzuführen. Im Rahmen des Anzeigeverfahrens gem. § 96 Abs. 2 GO NRW ist der Jahresabschluss 2016 der Kommunalaufsicht angezeigt worden und es bestehen keine rechtlichen Bedenken. Der Jahresabschluss schließt mit folgenden Ergebnissen ab:

	2016
Ergebnisrechnung	
Ordentliches Ergebnis	1.004.860,64 €
Finanzergebnis	48.295,54 €
Außerordentliches Ergebnis	227.098,79 €
Jahresüberschuss	1.280.254,97 €
Finanzrechnung	
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.739.644,61 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	- 274.893,24 €
Finanzmittelüberschuss	1.464.751,37 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	397.227,81 €
Änderungen des Bestands an eig. Finanzmitteln	1.861.979,18 €
Bestand an liquiden Mitteln	2.044.810,92 €
Bilanz	
Aktiva	
Anlagevermögen	137.752.535,36 €
Umlaufvermögen	4.537.836,84 €
Aktive Rechnungsabgrenzung	66.662,10 €
Passiva	
Eigenkapital	53.129.014,43 €
Sonderposten	59.964.610,33 €
Rückstellungen	13.971.771,13 €
Verbindlichkeiten	12.980.825,87 €
Passive Rechnungsabgrenzung	2.310.812,54 €

Die Stadt Bad Driburg informiert

Die Amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Bad Driburg sind auch auf der Internetseite www.bad-driburg.de veröffentlicht.

Donnerstag, 7. Dezember 2017



Der Jahresabschluss 2016 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht und liegt bis zur Feststellung des Jahresergebnisses 2017, bei der Stadtverwaltung Bad Driburg, Amt für Finanzen und Beteiligungen, Am Rathausplatz 2, Zimmer 121, 33014 Bad Driburg, während der Öffnungszeiten zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Auf der Internetseite der Stadt Bad Driburg (<http://www.bad-driburg.de>) steht der Jahresabschluss mit seinen Anlagen sowie der Prüfbericht mit uneingeschränktem Bestätigungsvermerk ebenfalls zur Verfügung.

Bad Driburg, 29.11.2017

Burkhard Deppe

Bürgermeister

Friedhofsgebührensatzung der Stadt Bad Driburg

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch den Artikel 1 des Gesetzes vom 19.12.2013 (GV. NRW. S. 688) und der §§ 1, 2, 4, 5 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen - KAG - vom 21.10.1969 (GV. NRW. S. 712) zuletzt geändert durch Artikel II des Gesetzes vom 15.12.2016 (GV. NRW. S. 1150) in Verbindung mit - § 31 (Gebühren) - der Friedhofsatzung der Stadt Bad Driburg vom 01.01.2018 hat der Rat der Stadt Bad Driburg in seiner Sitzung vom 27.11.2017 die Friedhofsgebührensatzung beschlossen:

§ 1

Gebührenpflicht

Für die Benutzung der im Hoheitsgebiet der Stadt Bad Driburg gelegenen, in ihrem Eigentum oder ihrer Verwaltung stehenden Friedhöfe sowie für die besonderen Leistungen im Sinne des § 4 KAG werden nach dieser Satzung erhoben.

§ 2

Gebühr für Erdbestattung und Urnenbeisetzung

(1) Die Gebühr für die Bestattung beträgt:	
a) Erwachsene und Kinder nach dem vollendeten 5. Lebensjahr	895 €
b) Kinder bis zum vollendeten 5. Lebensjahr	486 €
c) Urnenbeisetzungen	257 €
d) Früh- und Totgeburten, sofern keine eigene Grabstelle beansprucht wird	190 €
e) Wochenendzuschlag für Bestattungen ab freitags nach 16.00 Uhr	100 €
f) Gebühr für die Benutzung der Friedhofskapellen	425 €
g) Gebühr für die Benutzung der Leichenkammer	49 € pro Tag

(2) In der Bestattungsgebühr ist enthalten:

- Die Herrichtung der Grabfläche für eine zukünftige Bepflanzung mit Pflanzenerde. Bei mehr als einstelligen Wahlgräbern bzw. Urnenwahlgräbern ist bei einer Zweit- oder weiteren Bestattung die Aufnahme der vorhandenen Bepflanzung, Abtragung des Mutterbodens, nach Bestattung wieder aufbringen des Mutterbodens und der Bepflanzung enthalten,
- die Benutzung des Handleichenwagens,
- die Beisetzung des Sarges oder der Urne (Aushebung eines Grabes, Ausschmücken des Grabes mit künstlichen Grabmatten und das Schließen des Grabes),
- die Herstellung des ersten Grabhügels und die Beseitigung der bei der Bestattung niedergelegten Kränze und Blumen.

§ 3

Gebühr für Ausgrabung und Umbettung von Leichen und Aschenurnen

(1) Die Gebühr für Ausgrabungen und Umbettungen beträgt:	
a) bei Erwachsenen und Kindern nach dem vollendeten 5. Lebensjahr	Wird nach Stundenaufwand berechnet
b) bei Kindern bis zum vollendeten 5. Lebensjahr	
c) Umbettung einer Aschenurne	

(2) In dieser Gebühr sind nicht die Gebühr für Neubestattung und die Kosten für einen neuen Sarg oder etwa notwendige Gebeinsärge enthalten.

§ 4

Gebühr für Nutzungsrechte und Ruhezeiten

(1) Für den Erwerb des Nutzungsrechtes an Reihen-, Wahl-, Kinder-, Wiesen- und Urnengräbern ist folgende Gebühr zu zahlen:	
a) Reihengrab	1.066 €
b) Wahlgrab je Grabstelle	1.359 €
c) Kindergrab	678 €
d) Urnenreihengrab	919 €
e) Urnenwahlgrab je Grabstelle	1.066 €
f) Anonymes Urnengrab	968 €
g) Pflegefreies Wiesengrab	1.212 €
h) Pflegefreies Urnenwiesengrab	919 €
i) Verlängerung Wahlgrab pro Stelle/Jahr	45 €
j) Verlängerung Urnenwahlgrab pro Stelle/Jahr	35 €

§ 5

Gebühr für die Pflege von Gräbern bei vorzeitiger Rückgabe des Nutzungsrechtes

(1) Für das Anlegen der Rasenfläche auf Reihen-, Wahl-, Kinder- und Urnengräbern wird folgende Gebühr pro Jahr der vorzeitigen Rückgabe erhoben:	
a) Reihengrab, Wahlgrab je Grabstelle und Kindergrab	71 €/a
b) Urnenreihengrab, Urnenwahlgrab und Urnenwiesengrab	67 €/a

- (2) In dieser Gebühr sind die Kosten für das Entfernen des Grabsteines, die Durchführung von Bodenverbesserungsarbeiten, sowie das Säen von Grassamen durch den Friedhofsgärtner enthalten.

§ 6

Gebühr für Gewerbe genehmigungen und die Genehmigung für die Errichtung von baulichen Anlagen

(1) Für die Genehmigung von Denkmälern, Grabplatten, Einfassungen und anderen baulichen Anlagen sowie Gewerbe genehmigungen werden folgende Gebühren erhoben:	
b) Gewerbe genehmigung jährlich	44 €/a
a) Genehmigungen von baulichen Anlagen auf Wahl-, Reihen-, Kinder-, Wiesen- und Urnengräbern	44 €/a

§ 7

Gebührenschildner

- (1) Zur Zahlung der Gebühren sind verpflichtet:
- bei Reihen-/Urnenreihengrabstätten und Wiesengrabstätten die nächsten Angehörigen des Bestatteten,
 - bei Wahl-/Urnenwahlgrabstätten der Erwerber des Nutzungsrechtes bzw. seine nächsten Angehörigen.
 - sonstige Beauftragte des Verstorbenen oder der unter a) und b) genannten Angehörigen. Gebührenpflichtig sind die nächsten Angehörigen in der Reihenfolge:
 - Ehegatten, mündige Kinder, Eltern, Geschwister.
 - Verwandte auf- und absteigende Linie sowie
 - angenommene Kinder der Geschwister sowie
 - die nicht verwandten Ehegatten der unter b) und c) genannten Personen.
- (2) Soweit Verwaltungsgebühren erhoben werden, ist Gebührenschuldner, wer die Leistungen der Verwaltung beantragt hat oder durch sie unmittelbar begünstigt wird. Schulden mehrere Gebührenpflichtige ein und dieselbe Gebühr, haften sie als Gesamtschuldner.

§ 8

Entrichtung der Gebühren

- (1) Die Gebühren werden durch Gebührenbescheid erhoben. Den Friedhofsbediensteten ist die Annahme der Gebühren untersagt. Sie sind innerhalb eines Monats nach Zustellungsbescheid zu zahlen; gibt der Gebührenbescheid andere Fälligkeiten an, so gelten diese.
- (2) Gegen die Gebührenforderung ist eine Aufrechnung unzulässig.
- (3) Rückständige Gebühren werden im Verwaltungszwangverfahren nach Maßgabe des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVG NRW) in der jeweils gültigen Fassung eingezogen.



§ 9

Stundung, Niederschlagung und Erlass

Die Gebühren können ganz oder teilweise gestundet, niedergeschlagen oder erlassen werden, wenn ihre Erhebung im Hinblick auf die besonderen Umstände des Einzelfalles oder mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Gebührenpflichtigen nicht angebracht erscheint.

§ 10

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2018 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Friedhofgebührensatzung der Stadt Bad Driburg vom 19.12.2008 außer Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Vorstehende Satzung wird gem. § 7 Abs. 4 GO NRW i. V. m. den Bestimmungen der Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV NRW S. 516) zuletzt geändert durch Verordnung vom 05.11.2017 (GV. NRW. S. 741) öffentlich bekannt gemacht. Gemäß § 7 Abs. 6 GO NRW wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Bad Driburg, den 01.12.2017

Der Bürgermeister
Burkhard Deppe

Friedhofssatzung der Stadt Bad Driburg

Aufgrund von § 4 des Bestattungsgesetzes NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 2003 (GV NRW S. 313), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Juli 2014 (GV NRW S. 405) und § 7 der Gemeindeordnung NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2013 (GV NRW S. 878), hat der Rat der Stadt Bad Driburg am 27.11.2017 folgende Friedhofssatzung beschlossen:

§ 1

Geltungsbereich

Diese Friedhofssatzung gilt für folgende im Gebiet der Stadt Bad Driburg gelegenen und von ihr verwalteten Friedhöfe und Friedhofsteile:

- Bad Driburg Westfriedhof
- Bad Driburg Ostfriedhof
- Alhausen
- Dringenberg (nur Kapelle)
- Erpentrup/Langeland
- Herste
- Kühlsen
- Neuenheerse
- Pömbesen
- Reelsen
- Siebenstern

§ 2

Friedhofszweck

- Die Friedhöfe sind nichtrechtsfähige Anstalten der Stadt Bad Driburg.
- Die Verwaltung der Friedhöfe obliegt der Stadt
- Die Friedhöfe dienen der Bestattung der Toten (Leichen, Tot- und Fehlgeburten) und Beisetzung von deren Aschen.

§ 3

Schließung und Entwidmung

- Friedhöfe und Friedhofsteile können für weitere Bestattungen bzw. Beisetzungen gesperrt (Schließung) oder einer anderen Verwendung zugeführt werden (Entwidmung).
- Durch die Schließung wird die Möglichkeit weiterer Bestattungen bzw. Beisetzungen ausgeschlossen. Soweit durch Schließung das Recht auf weitere Bestattungen in Wahlgrabstätten/Urnenwahlgrabstätten erlischt, wird dem Nutzungsberechtigten für die restliche Nutzungszeit bei Eintritt eines weiteren Bestattungs- bzw. Beisetzungsfalles auf Antrag eine andere Wahlgrabstätte/Urnenwahlgrabstätte zur Verfügung gestellt. Außerdem kann er die Umbettung bereits bestatteter Leichen und beigesetzter Urnen auf Kosten der Stadt verlangen.
- Durch die Entwidmung geht die Eigenschaft des Friedhofs als Ruhestätte der Toten verloren. Die Bestatteten bzw. Beigesetzten werden, falls die Ruhezeit (bei Reihengrabstätten/Urnenreihengrabstätten) bzw. die Nutzungszeit (bei Wahlgrabstätten/Urnenwahlgrabstätten) noch

nicht abgelaufen ist, auf Kosten der Gemeinde/Stadt in andere Grabstätten umgebettet.

- Schließung oder Entwidmung werden öffentlich bekannt gegeben. Der Nutzungsberechtigte einer Wahlgrabstätte/Urnenwahlgrabstätte erhält außerdem einen schriftlichen Bescheid, wenn sein Aufenthalt bekannt oder ohne besonderen Aufwand zu ermitteln ist.
- Umbettungstermine werden drei Monate vorher öffentlich bekannt gemacht. Gleichzeitig sind sie bei Reihengrabstätten/Urnenreihengrabstätten einem Angehörigen des Verstorbenen, bei Wahlgrabstätten/Urnenwahlgrabstätten dem Nutzungsberechtigten mitzuteilen.
- Ersatzgrabstätten werden von der Gemeinde/Stadt auf ihre Kosten in ähnlicher Weise wie die Grabstätten auf den entwidmeten oder außer Dienst gestellten Friedhöfen/Friedhofsteilen hergerichtet. Die Ersatzwahlgrabstätten werden Gegenstand des Nutzungsrechtes.

§ 4

Öffnungszeiten

- Die Friedhöfe sind während der an den Eingängen bekannt gegebenen Zeiten für den Besuch geöffnet.
- Die Friedhofsverwaltung kann aus besonderem Anlass das Betreten eines Friedhofes oder einzelner Friedhofsteile vorübergehend untersagen.

§ 5

Verhalten auf dem Friedhof

- Jeder hat sich auf den Friedhöfen der Würde des Ortes, der Toten und der Achtung der Persönlichkeitsrechte von Angehörigen und Besuchern entsprechend zu verhalten. Die Anordnungen des Friedhofspersonals sind zu befolgen.
- Auf den Friedhöfen ist insbesondere nicht gestattet,
 - die Wege mit Fahrzeugen oder Rollschuhen/Rollerblades/Skateboards aller Art, ausgenommen Kinderwagen und Rollstühle. Fahrzeuge der Friedhofsverwaltung und der für den Friedhof zugelassenen Gewerbetreibenden dürfen die Wege werktags in der Zeit von 07:00 Uhr bis 19:00 Uhr und samstags bis 13:00 Uhr befahren, sofern eine Geschwindigkeit von 10 km/h und ein Gesamtgewicht des Fahrzeuges von 3 t nicht überschritten werden,
 - Waren aller Art sowie gewerbliche Dienste anzubieten oder diesbezüglich zu werben,
 - an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung bzw. Beisetzung störende Arbeiten auszuführen,
 - ohne schriftlichen Auftrag eines Berechtigten bzw. ohne Zustimmung der Friedhofsverwaltung gewerbsmäßig zu fotografieren,
 - Druckschriften zu verteilen, ausgenommen Drucksachen, die im Rahmen der Bestattungsfeier notwendig und üblich sind,
 - den Friedhof und seine Einrichtungen, Anlagen und Grabstätten zu verunreinigen oder zu beschädigen sowie Rasenflächen und Grabstätten unberechtigt zu betreten,
 - Abraum und Abfälle außerhalb der dafür bestimmten Stellen abzulagern,
 - zu lärmern oder zu lagern,
 - Tiere mitzubringen, ausgenommen Blindenhunde.
 - Plakate, Hinweise, Reklameschilder und Anschläge anzubringen
 - Herbizide und Fungizide (Unkrautbekämpfungsmittel) zu verwenden.
- Kinder unter acht Jahren dürfen die Friedhöfe nur in Begleitung Erwachsener betreten.
- Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofes und der Ordnung auf ihm vereinbar sind.
- Totengedenkfeiern und andere nicht mit einer Bestattung bzw. Beisetzung zusammenhängende Veranstaltungen bedürfen der Zustimmung der Friedhofsverwaltung; sie sind spätestens 4 Tage vorher anzumelden.
- Personen, die wiederholt oder schwerwiegend gegen die in Absätzen 1-5 getroffenen Anordnungen verstoßen haben, kann von der Friedhofsverwaltung das Betreten des Friedhofes auf Zeit oder dauernd untersagt werden.

§ 6

Gewerbliche Betätigung auf dem Friedhof

- Gewerbetreibende, aus deren Tätigkeit eine Gefährdung für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgehen kann, insbesondere Steinmetze und Bildhauer, benötigen für ihre gewerbliche Tätigkeit auf den Friedhöfen die vorherige Zulassung durch die Friedhofsverwaltung. Andere Gewerbetreibende müssen ihre Tätigkeit auf dem Friedhof der Friedhofsverwaltung anzeigen.
- Auf ihren Antrag hin werden die in Abs. 1 Satz 1 genannten Gewerbetreibenden zugelassen, die
 - in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind.
 - ihre Eintragung in die Handwerksrolle bzw. (bei Antragstellern des handwerksähnlichen Gewerbes) ihre Eintragung in das Verzeichnis



gem. § 19 Handwerksordnung nachweisen oder die selbst oder deren fachliche Vertreter die Meisterprüfung abgelegt haben oder die über eine vergleichbare Qualifikation verfügen oder die für die Tätigkeit erforderliche Sachkunde besitzen.

- (3) Die Friedhofsverwaltung hat die Zulassung davon abhängig zu machen, ob der Antragsteller einen für die Ausführung seiner Tätigkeit ausreichenden Haftpflichtversicherungsschutz oder eine aufgrund ihrer Zweckbestimmung im Wesentlichen vergleichbare Sicherheit oder gleichwertige Vorkehrung nachweist.
- (4) Die Zulassung erfolgt durch Ausstellung einer Berechtigungskarte. Die zugelassenen Gewerbetreibenden haben für ihre Bediensteten einen Bedienstetenausweis auszustellen. Die Zulassung und der Bedienstetenausweis sind dem aufsichtsberechtigten Friedhofspersonal auf Verlangen vorzuzeigen. Die Zulassung kann befristet werden.
- (5) Die Gewerbetreibenden und ihre Bediensteten haben die Friedhofssatzung und die dazu ergangenen Regelungen zu beachten. Die Gewerbetreibenden haften für alle Schäden, die sie oder ihre Bediensteten im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf den Friedhöfen schuldhaft verursachen.
- (6) Gewerbliche Arbeiten auf den Friedhöfen dürfen nur werktags innerhalb der Öffnungszeiten ausgeführt werden. Die Arbeiten sind eine halbe Stunde vor Ablauf der Öffnungszeit des Friedhofes, spätestens um 19.00 Uhr, an Samstagen und Werktagen vor Feiertagen spätestens um 18.00 Uhr zu beenden. Die Friedhofsverwaltung kann Verlängerungen der Arbeitszeiten zulassen.
- (7) Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf den Friedhöfen nur an den von der Friedhofsverwaltung genehmigten Stellen gelagert werden. Bei Beendigung der Arbeiten sind die Arbeits- und Lagerplätze wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. Gewerbliche Geräte dürfen nicht an oder in den Wasserelementen der Friedhöfe gereinigt werden. Die Entsorgung von Abraum und Abfällen obliegt den Gewerbetreibenden nach den abfallrechtlichen Vorschriften.
- (8) Die Friedhofsverwaltung kann die Zulassung der Gewerbetreibenden, die trotz schriftlicher Mahnung gegen die Vorschriften der Friedhofssatzung verstoßen oder bei denen die Voraussetzungen des Abs. 2 ganz oder teilweise nicht mehr gegeben sind, auf Zeit oder Dauer durch schriftlichen Bescheid entziehen. Bei schweren Verstößen ist eine Mahnung entbehrlich.

§ 7

Anzeigepflicht und Bestattungszeit

- (1) Jede Bestattung bzw. Beisetzung ist bei der Friedhofsverwaltung anzumelden. Die Anmeldung einer Bestattung hat unverzüglich nach Vorliegen der Voraussetzungen des BestG NRW zu erfolgen. Der Anmeldung sind die erforderlichen Unterlagen beizufügen.
- (2) Wird eine Bestattung bzw. Beisetzung in einer vorher erworbenen Wahlgrabstätte/Urnenwahlgrabstätte beantragt, ist auch das Nutzungsrecht nachzuweisen.
- (3) Soll eine Aschenbeisetzung erfolgen, so ist eine Bescheinigung über die Einäscherung vorzulegen.
- (4) Die Friedhofsverwaltung setzt Ort und Zeit der Bestattung bzw. Beisetzung fest. Die Bestattungen bzw. Beisetzungen erfolgen regelmäßig an Werktagen. Folgen zwei Feiertage aufeinander, so kann die Bestattung bzw. Beisetzung auch am zweiten Feiertag stattfinden. An Samstagen können in begründeten Ausnahmefällen Bestattungen bis 11:00 Uhr durchgeführt werden.
Die Bestattung kann frühestens vierundzwanzig Stunden nach Feststellung des Todes erfolgen. Die örtliche Ordnungsbehörde kann eine frühere Bestattung aus gesundheitlichen Gründen anordnen oder auf Antrag von Hinterbliebenen genehmigen, wenn durch ein besonderes, aufgrund eigener Wahrnehmung ausgestelltes Zeugnis einer Ärztin oder eines Arztes, die nicht die Leichenschau nach § 9 BestG durchgeführt haben, bescheinigt ist, dass die Leiche die sicheren Merkmale des Todes aufweist oder die Verwesung ungewöhnlich fortgeschritten und jede Möglichkeit des Scheintodes ausgeschlossen ist.
- (5) Erdbestattungen und Einäscherungen müssen innerhalb von 10 Tagen nach Eintritt des Todes erfolgen. Aschen müssen spätestens 6 Wochen nach der Einäscherung beigelegt werden. Auf Antrag hinterbliebener Personen oder deren Beauftragter können diese Fristen von der Ordnungsbehörde verlängert werden.
- (6) Die fristgerechte Beisetzung der Totenasche ist innerhalb von 6 Wochen dem Krematorium durch Bescheinigung des Friedhofsträgers nachzuweisen. Dieser stellt hierfür dem Hinterbliebenen eine solche Bescheinigung aus.

§ 8

Särge und Urnen

- (1) Bestattungen sind grundsätzlich in Särgen oder Urnen vorzunehmen. Ausnahmsweise kann der Friedhofsträger auf Antrag die Bestattung

ohne Sarg oder Urne gestatten. Bei sargloser Grablegung hat der Nutzungsberechtigte das Bestattungspersonal in eigener Verantwortung zu stellen und für anfallende Mehrkosten aufzukommen. Der Transport innerhalb des Friedhofs muss immer in einem geschlossenen Sarg erfolgen.

- (2) Behältnisse zur Beisetzung von Aschen und zur Bestattung von Toten (Särge, Urnen und Überurnen), deren Ausstattung und Beigaben sowie Totenbekleidung müssen so beschaffen sein, dass die chemische, physikalische oder biologische Beschaffenheit des Bodens oder des Grundwassers nicht nachteilig verändert wird und ihre Verrottung und die Verwesung der Leichen innerhalb der Ruhezeit ermöglicht wird. Maßnahmen, bei denen den Toten Stoffe zugeführt werden, die die Verwesung verhindern oder verzögern, bedürfen der Genehmigung des Friedhofsträgers. Die Särge müssen festgefügt und so abgedichtet sein, dass jedes Durchsickern von Feuchtigkeit ausgeschlossen ist. Säрге, Sargausstattungen, -beigaben und -abdichtungen müssen zur Vermeidung von Umweltbelastungen aus leicht verrottbaren Werkstoffen hergestellt sein. Sie dürfen keine PVC-, PCP-, formaldehydabspaltenden, nitrozellulosehaltigen oder sonstigen umweltgefährdenden Lacke oder Zusätze enthalten. Die Kleidung der Leiche soll nur aus Papierstoff und Naturtextilien bestehen.
- (3) Die Särge sollen folgende Ausmaße nicht übersteigen:
 - a) Für Erwachsene und Kinder ab dem vollendeten fünften Lebensjahr: Länge 2,10 m, Breite 0,90 m, Höhe 0,80 m
 - b) Für Kinder bis zum vollendeten fünften Lebensjahr: Länge 1,50 m, Breite 0,60 m, Höhe 0,60 m.Sind in Ausnahmefällen größere Säрге erforderlich, ist die Zustimmung der Friedhofsverwaltung bei der Anmeldung der Bestattung einzuholen.

§ 9

Ausheben der Gräber

- (1) Die Gräber werden von der Friedhofsverwaltung oder durch von ihr beauftragten Dritten ausgehoben und wieder verfüllt.
- (2) Auf Antrag kann der Friedhofsträger genehmigen, dass das Grab eines muslimischen Verstorbenen von seinen Angehörigen verfüllt wird. Die Friedhofsverwaltung behält sich vor, kostenpflichtige Nachbesserungen vorzunehmen.
- (3) Die Tiefe der einzelnen Gräber beträgt von der Erdoberfläche (ohne Hügel) bis zur Oberkante des Sarges mindestens 0,90 m, bis zur Oberkante der Urne mindestens 0,50 m.
- (4) Die Gräber für Erdbestattungen müssen voneinander durch mindestens 0,30 m starke Erdwände getrennt sein.
- (5) Der Nutzungsberechtigte hat Grabzubehör vorher entfernen zu lassen. Sofern beim Ausheben der Gräber Grabmale, Fundamente oder Grabzubehör durch die Friedhofsverwaltung entfernt werden müssen, sind die dadurch entstehenden Kosten durch den Nutzungsberechtigten der Friedhofsverwaltung zu erstatten.

§ 10

Ruhezeit

Die Ruhezeit für Leichen und Aschen beträgt 30 Jahre, bei Verstorbenen bis zum vollendeten 5. Lebensjahr 20 Jahre

§ 11

Umbettungen

- (1) Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.
- (2) Umbettungen von Leichen und Aschen bedürfen, unbeschadet der sonstigen gesetzlichen Vorschriften, der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Die Zustimmung kann nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes erteilt werden, bei Umbettungen innerhalb der Gemeinde/Stadt im ersten Jahre der Ruhezeit nur bei Vorliegen eines dringenden öffentlichen Interesses. Umbettungen aus einer Reihengrabstätte/Urnenreihengrabstätte in eine andere Reihengrabstätte/Urnenreihengrabstätte sind innerhalb der Stadt nicht zulässig.
- (3) Nach Ablauf der Ruhezeit noch vorhandene Leichen- und Aschenreste können nur mit vorheriger Zustimmung der Friedhofsverwaltung in belegte Grabstätten umgebettet werden.
- (4) Alle Umbettungen (mit Ausnahme der Maßnahmen von Amts wegen) erfolgen nur auf Antrag. Antragsberechtigt ist der jeweilige Nutzungsberechtigte oder der Totenfürsorgeberechtigte.
- (5) Alle Umbettungen werden von der Friedhofsverwaltung durchgeführt. Sie bestimmt den Zeitpunkt der Umbettung.
- (6) Die Kosten der Umbettung hat der Antragsteller zu tragen. Das gilt auch für den Ersatz von Schäden, die an benachbarten Grabstätten und Anlagen durch eine Umbettung entstehen, soweit sie notwendig aufgetreten sind oder die Stadtverwaltung oder deren Beauftragte bezüglich dieser nur leichte Fahrlässigkeit trifft.
- (7) Der Ablauf der Ruhezeit und der Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.
- (8) Durch die Umbettung entfällt die Gebührenpflicht für die Restzeit nicht,



sofern keine Neubelegung erfolgt. Bei Umbettung in der gleichen Gemeinde werden die Gebühren anteilig angerechnet.

- (9) Leichen und Aschen dürfen zu anderen als zu Umbettungszwecken nur aufgrund behördlicher oder richterlicher Anordnung ausgegraben werden.

§ 12

Arten der Grabstätten

- (1) Die Grabstätten bleiben Eigentum des Friedhofseigentümers. An ihnen können Rechte nur nach dieser Satzung erworben werden. Die Größe der Gräber ergeben sich aus dem Belegungsplan.
- (2) Die Grabstätten werden unterschieden in
- Reihengrabstätten,
 - Wahlgrabstätten,
 - Urnenreihengrabstätten,
 - Urnenwahlgrabstätten,
 - anonyme Urnengrabstätten,
 - Wiesengräber
 - Urnenwiesengräber
 - Ehrengrabstätten
 - Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft
 - muslimische Grabstätten
- (3) Aus der Friedhofsplanung geht hervor, welche Arten von Grabstätten auf den jeweiligen Friedhöfen verfügbar sind. Die Lage der einzelnen Grabstätten wird in dem Friedhofsplan festgelegt.
- (4) Es besteht kein Anspruch auf Erwerb oder Wiedererwerb des Nutzungsrechtes an einer der Lage nach bestimmten Grabstätte oder auf Unveränderlichkeit der Umgebung.

§ 13

Reihengrabstätten

- (1) Reihengrabstätten sind einstellige Grabstätten für Erdbestattungen, die der Reihe nach belegt und im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit des zu Bestattenden zugeteilt werden. Eine Verlängerung bzw. Wiedererwerb des Nutzungsrechtes an der Reihengrabstätte ist nicht möglich.
Es werden Reihengrabfelder eingerichtet
- für Verstorbene bis zum vollendeten 5. Lebensjahr einschließlich Tot- und Fehlgeburten
 - für Verstorbene ab vollendetem 5. Lebensjahr.
- (2) In jeder Reihengrabstätte darf nur eine Leiche bestattet werden. Es ist jedoch zulässig, in einer Reihengrabstätte die Leichen von gleichzeitig verstorbenen Geschwistern unter 5 Jahren oder zusätzlich zu einer anderen Leiche die Leiche eines Kindes unter einem Jahr zu bestatten, sofern die Ruhezeit hierdurch nicht überschritten wird. Es ist zudem zulässig, in einer Reihengrabstätte Tot- und Fehlgeburten sowie die aus dem Schwangerschaftsabbruch stammende Leibesfrucht zu bestatten.
- (3) Das Abräumen von Reihengrabfeldern oder Teilen von ihnen nach Ablauf der Ruhezeiten ist 3 Monate vorher öffentlich und durch ein Hinweisschild auf dem betreffenden Grabfeld bekannt zu machen.
- (4) Die Gräber haben folgende Maße
- Reihengräber für Verstorbene bis zum vollendeten 5. Lebensjahr
Länge 1,20 m Breite 0,60 m
- Reihengräber für Verstorbene ab vollendetem 5. Lebensjahr
Länge 2,10 m Breite 0,90 m
- Abstand zwischen den Gräbern 0,30 m
Abstand zwischen den Reihen 0,60 m

§ 14

Wahlgrabstätten

- (1) Wahlgrabstätten sind Grabstätten für Erdbestattungen, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 30 Jahren (Nutzungszeit) verliehen und deren Lage im Benehmen mit dem Erwerber bestimmt wird. Nutzungsrechte an Wahlgrabstätten werden nur anlässlich eines Todesfalles und nur für die gesamte Grabstätte verliehen. Die Friedhofsverwaltung kann die Erteilung eines Nutzungsrechtes ablehnen, insbesondere wenn die Schließung nach § 3 beabsichtigt ist.
- (2) Das Nutzungsrecht kann wiedererworben oder verlängert werden. Ein Wiedererwerb oder eine Verlängerung ist nur auf Antrag und nur für die gesamte Wahlgrabstätte möglich. Die Friedhofsverwaltung kann den Wiedererwerb ablehnen, insbesondere, wenn die Schließung nach § 3 beabsichtigt ist
- (3) Wahlgrabstätten werden als ein- oder mehrstellige Grabstätten vergeben. Nach Ablauf der Ruhezeit einer Leiche kann eine weitere Bestattung erfolgen, wenn die restliche Nutzungszeit die Ruhezeit erreicht oder ein Nutzungsrecht mindestens für die Zeit bis zum Ablauf der Ruhezeit wiedererworben worden ist.
- (4) Das Nutzungsrecht entsteht mit Zahlung der fälligen Gebühren und Aushändigung der Verleihungsurkunde.
- (5) Während der Nutzungszeit darf eine Bestattung nur stattfinden, wenn die Ruhezeit die Nutzungszeit nicht überschreitet oder ein Nutzungs-

recht mindestens für die Zeit bis zum Ablauf der Ruhezeit wiedererworben worden ist.

- (6) Schon bei der Verleihung des Nutzungsrechtes soll der Erwerber für den Fall seines Ablebens aus dem in Satz 2 genannten Personenkreis seinen Nachfolger im Nutzungsrecht bestimmen und ihm das Nutzungsrecht durch schriftlichen Vertrag übertragen. Wird bis zu seinem Ableben keine derartige Regelung getroffen, geht das Nutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge auf die Angehörigen des verstorbenen Nutzungsberechtigten mit deren Zustimmung über:
- auf den überlebenden Ehegatten,
 - auf den Lebenspartner nach Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft
 - auf die Kinder,
 - auf die Stiefkinder,
 - auf die Enkel in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer Väter oder Mütter,
 - auf die Eltern,
 - auf die Geschwister,
 - auf die Stiefgeschwister,
 - auf die nicht unter a) - h) fallenden Erben
 - auf den Partner der eheähnlichen Lebensgemeinschaft.
- Innerhalb der einzelnen Gruppen c) - d) und f) - i) wird die älteste Person Nutzungsberechtigt.
- Sofern keine der vorgenannten Personen innerhalb eines Jahres nach dem Ableben des bisherigen Nutzungsberechtigten die Zustimmung nach Satz 2 erklärt, erlischt das Nutzungsrecht.
- (7) Die Übertragung des Nutzungsrechtes durch den bisherigen Nutzungsberechtigten erfolgt grundsätzlich nur auf eine Person aus dem Kreis der in Abs. 7 Satz 2 genannten Personen; er bedarf hierzu der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Das Nutzungsrecht kann mit vorheriger Zustimmung der Friedhofsverwaltung auch an andere Personen als die in Abs. 7 Satz 2 genannten Personen übertragen werden.
- (8) Jeder Rechtsnachfolger hat das Nutzungsrecht unverzüglich nach Erwerb auf sich umschreiben zu lassen.
- (9) Der jeweilige Nutzungsberechtigte hat im Rahmen der Friedhofsatzung und der dazu ergangenen Regelungen das Recht, in der Wahlgrabstätte beigesetzt zu werden, bei Eintritt eines Bestattungsfalles über andere Bestattungen und über die Art der Gestaltung und der Pflege der Grabstätte zu entscheiden.
- (10) Das Nutzungsrecht an unbelegten Grabstätten kann jederzeit, an teilbelegten Grabstätten erst nach Ablauf der letzten Ruhezeit zurückgegeben werden. Eine Rückgabe ist nur für die gesamte Grabstätte möglich.
- (11) Das Ausmauern von Wahlgrabstätten ist nicht zulässig.
- (12) Wahlgräber haben folgende Maße: Länge 2,50 m, Breite 1,20 m
Die Grabaushebung erfolgt analog zu den Reihengräbern. Die Grabbeete ergeben sich nach der Stellenzahl, die Grundeinheit ist analog zum Reihengrab.
- (13) Die Beisetzung von Muslimen erfolgt auf dem Westfriedhof in der Kernstadt Bad Driburg in Wahlgräbern in einem separaten Grabfeld. Bei Wahlgräbern für Muslime gelten die Vorschriften (1) bis (13) entsprechend. Auf dem Grabfeld dürfen (entsprechend der muslimischen Tradition) keine Bilder, Figuren oder Skulpturen aufgestellt werden, die ein Lebewesen darstellen. Die Ausrichtung der Gräber erfolgt von Nordosten nach Südwesten. Der Kopf liegt im Südwesten. Bestattungen für Muslime finden nicht an Freitagen vor dem muslimischen Mittagsgebet statt.

§ 15

Aschenbeisetzungen

- (1) Aschen dürfen beigesetzt werden in
- Urnenreihengrabstätten,
 - Urnenwahlgrabstätten,
 - Anonymen Urnengrabstätten,
 - Grabstätten für Erdbestattungen
 - Urnenwiesen
- (2) Urnenreihengrabstätten haben die folgenden Maße: 0,50 m x 0,50 m. Sie werden der Reihe nach belegt und im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit zur Beisetzung einer Asche abgegeben werden. Über die Abgabe wird eine Grabnummernkarte ausgehändigt. Ein Wiedererwerb des Nutzungsrechtes ist nicht möglich. In einer Urnenreihengrabstätte darf eine Urne beigesetzt werden.
- (3) Urnenwahlgrabstätten sind für Urnenbeisetzungen bestimmte Grabstätten, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 30 Jahren (Nutzungszeit) verliehen und deren Lage im Benehmen mit dem Erwerber festgelegt wird. Urnenwahlgrabstätten werden als ein- oder mehrstellige Grabstätten vergeben. Nutzungsrechte an Urnenwahlgrabstätten werden nur anlässlich eines Todesfalles und nur für



- die gesamte Grabstätte verliehen. Die Friedhofsverwaltung kann die Erteilung eines Nutzungsrechtes ablehnen, insbesondere wenn die Schließung nach § 3 beabsichtigt ist.
- (4) In einer Urnenwahlgrabstätte darf eine Urne je Stelle beigesetzt werden. Eine einstellige Urnenwahlgrabstätte hat die Maße 0,5 m x 0,5 m.
 - (5) Anonyme Urnengrabstätten werden vergeben, wenn dies dem Willen des Verstorbenen entspricht. Die Beisetzung erfolgt der Reihe nach innerhalb einer Fläche von 0,50 m mal 0,50 m.
 - (6) Die Asche eines Verstorbenen darf unter folgenden Voraussetzungen in Erdbestattungsgräbern beigesetzt werden:
 - a. In ein belegtes Reihengrab für Erwachsene bis zu zwei Urnen, wenn die Ruhefrist für das Grab mindestens noch 20 Jahre beträgt.
 - b. In ein Wahlgrab bis zu zwei Urnen je Grabstelle. Das Nutzungsrecht muss noch mindestens 20 Jahre betragen oder entsprechend verlängert werden.
 - (7) Soweit sich nicht aus der Friedhoffssatzung etwas anderes ergibt, gelten die Vorschriften für die Reihengrabstätten und für die Wahlgrabstätten entsprechend auch für Urnengrabstätten bzw. die Beisetzung von Aschen in Wahlgrabstätten.

§ 16

Wiesengrabstätten

- (1) Wiesengräber sind Grabstätten für einstellige Erd- und Urnenbestattungen in Wiesenfeldern. Die §§ 13 und 15 sind analog anzuwenden.
- (2) Die Beisetzung erfolgt bei Erdbestattungen innerhalb folgender Fläche:
Länge: 2,50 m Breite: 1,20 m
- (3) Die Grabfelder werden von der Friedhofsverwaltung als Rasenfläche angelegt und unterhalten.
- (4) Auf Wiesengräbern dürfen keine Denkmäler oder Einfassungen errichtet, keine Bepflanzung vorgenommen und kein Grabschmuck (Lampen, Kerzen u. ä.) platziert werden.
- (5) Der Nutzungsberechtigte muss auf Wiesengräbern für Erd- und Urnenbestattungen eine Grabplatte aus Natur- oder Betonstein mit den Maßen Länge: 50 cm, Breite: 50 cm, Stärke: 6 cm einlegen lassen. Bei Grabstätten für Erdbestattungen ist diese am Kopfende der Grabstätte errichten zu lassen. Die Grabplatte muss ebenerdig, standsicher und überfahrbar eingebaut werden.
- (6) Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, unerlaubt aufgestellten Grabschmuck, Grableuchten und sonstige Gegenstände sowie bauliche Anlagen ohne vorherige Aufforderung zu entfernen oder entfernen zu lassen, um ungehindert Pflegearbeiten durchführen zu können.

§ 17

Ehrengabstätten

- (1) Grabstätten Verstorbener, die sich um die Stadt Bad Driburg besonders verdient gemacht haben, können durch den Rat der Stadt Bad Driburg zu Ehrengräbern erklärt werden. Die Anlage und Unterhaltung der Ehrengräber obliegt der Friedhofsverwaltung.
- (2) Hinsichtlich des Nutzungsrechtes gilt § 15 (1), (2) und (4) entsprechend.

§ 18

Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft

Die Sorge für die Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft richtet sich nach dem Gesetz über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft vom 01.07.1965 (BGBl. I S. 589) in der jeweils gültigen Fassung.

§ 19

Allgemeine Gestaltungsvorschriften

- (1) Jede Grabstätte ist so zu gestalten und so an die Umgebung anzupassen, dass der Friedhofszweck und der Zweck dieser Satzung sowie die Würde des Friedhofes in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt werden.
- (2) Unzulässig ist
 - a) das Pflanzen von Bäumen oder großwüchsigen Sträuchern (Größenbegrenzung dauerhaft 1,5 m),
 - b) das Einfassen der Grabstätte mit Hecken, Steinen, Glas oder ähnlichem,
 - c) das Errichten von Rankgerüsten, Gittern oder Pergolen,
 - d) das Aufstellen einer Bank oder sonstigen Sitzgelegenheiten (ohne Ausnahmegenehmigung der Friedhofsverwaltung).
- (3) Der Baumbestand auf den Friedhöfen steht unter besonderem Schutz. Ohne Zustimmung der Friedhofsverwaltung dürfen Bäume nicht entfernt werden.

§ 20

Gestaltung der Grabmale

- (1) Die Grabmale und baulichen Anlagen mit allgemeinen Gestaltungsvorschriften unterliegen unbeschadet der Bestimmungen des § 21 in ihrer Gestaltung, Bearbeitung und Anpassung an die Umgebung keinen zusätzlichen Anforderungen. Die Mindeststärke der Grabmale beträgt ab 0,40 m - 1,00 m Höhe 0,14 m; ab 1,00 m - 1,50 m Höhe 0,16 m und ab 1,50 m Höhe 0,18 m.

- (2) Die Friedhofsverwaltung kann weitergehende Anforderungen verlangen, wenn dies aus Gründen der Standsicherheit erforderlich ist.
- (3) Folgende Materialien und Bearbeitungsarten sollen nicht verwandt werden:
 - a) Glas, Porzellan, Blech, Emaille, Kunststoff
 - b) Grababdeckungen mit Beton, Terrazzo, Teerpappe, Splitt
 - c) Betonwerkstein und Kunststein
 - d) Inschriften, die der Würde des Ortes nicht entsprechen.
- (4) Aus Gründen der Standfestigkeit sollen die Grabmale aus einem Stück hergestellt sein und keinen Sockel haben.
- (5) Um einen geordneten Verwesungsprozess zu gewährleisten, dürfen (sollen) Grabplatten nicht mehr als 70 % der Grabfläche bedecken.
- (6) Die maximale Neigung liegender Grabmale wird auf 15 Grad festgesetzt.
- (7) Die Friedhofsverwaltung kann weitergehende Anforderungen an die Ausgestaltung der Grabmalstellen, wenn dies aus Gründen der Standsicherheit erforderlich ist.

§ 21

Zustimmungserfordernis für Grabmale

- (1) Die Errichtung und jede Veränderung von Grabmalen bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Auch provisorische Grabmale sind zustimmungspflichtig, sofern sie größer als 0,15 m x 0,30 m sind. Der Antragsteller hat bei Reihengrabstätten/Urnengrabstätten die Grabnummernkarte vorzulegen, bei Wahlgrabstätten/Urnengrabstätten sein Nutzungsrecht nachzuweisen.
- (2) Den Anträgen sind zweifach beizufügen:
 - a) Der Grabmalentwurf mit Grundriss und Seitenansicht im Maßstab 1 : 10 unter Angabe des Materials, seiner Bearbeitung, der Anordnung der Schrift, der Ornamente und der Symbole sowie der Fundamentierung. Bei der Anbringung eines QR-Codes oder eines anderen vergleichbaren maschinenlesbaren Verweises ist der Inhalt der hinterlegten Internetseite zum Zeitpunkt des Antrags vollständig anzugeben.
 - b) Soweit es zum Verständnis erforderlich ist, Zeichnungen der Schrift, der Ornamente und der Symbole im Maßstab 1 : 1 unter Angabe des Materials, seiner Bearbeitung, des Inhalts, der Form und der Anordnung. In besonderen Fällen kann die Vorlage eines Modells im Maßstab 1 : 10 oder das Aufstellen einer Attrappe in natürlicher Größe auf der Grabstätte verlangt werden.
- (3) Die Errichtung und jede Veränderung aller sonstigen baulichen Anlagen bedürfen ebenfalls der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend.
- (4) Die Zustimmung erlischt, wenn das Grabmal oder die sonstige bauliche Anlage nicht binnen eines Jahres nach der Zustimmung errichtet worden ist.
- (5) Die nicht zustimmungspflichtigen provisorischen Grabmale sind nur als naturlasierte Holztafeln oder Holzkreuze zulässig und dürfen nicht länger als 2 Jahre nach der Beisetzung verwendet werden.

§ 22

Anlieferung von Grabmalen

Bei der Anlieferung von Grabmalen oder sonstigen baulichen Anlagen ist der Friedhofsverwaltung auf Verlangen der genehmigte Aufstellungsantrag vorzulegen.

§ 23

Fundamentierung und Befestigung von Grabmalen

- (1) Zum Schutz der Allgemeinheit und des Nutzungsberechtigten sind die Grabmale und Einfassungen nach den allgemein anerkannten Regeln des Handwerks (Richtlinie für die Erstellung und Prüfung von Grabmalanlagen des Bundesinnungsverbandes des Deutschen Steinmetz-, Stein- und Holzbildhauerhandwerks, oder Technische Anleitung zur Standsicherheit von Grabmalanlagen der Deutschen Naturstein Akademie e.V. in der jeweils gültigen Fassung) so zu fundamentieren und zu befestigen, dass sie dauernd standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken können. Dies gilt für sonstige bauliche Anlagen entsprechend.
- (2) Die Art der Fundamentierung und der Befestigung, insbesondere die Größe und Stärke der Fundamente, bestimmt die Friedhofsverwaltung gleichzeitig mit der Zustimmung nach § 23. Die Friedhofsverwaltung kann überprüfen, ob die vorgeschriebene Fundamentierung durchgeführt worden ist.
- (3) Die Steinstärke muss die Standfestigkeit der Grabmale gewährleisten. Die Mindeststärke der Grabmale bestimmt sich nach §§ 20 und 21.
- (4) Grabmale und Einfassungen können in Eigenleistung erstellt werden, sofern die Vorgaben der Satzung eingehalten werden. Die Errichtung von Grabmalen und Fundamenten und sonstigen baulichen Anlagen bedarf der vorherigen Genehmigung der Stadt. Weiterhin bedarf es innerhalb von 2 Wochen nach Aufstellung einer einmaligen Abnahme durch eine fachkundige Person (z.B. durch einen Steinmetz) nach der Technischen Anleitung zur Standsicherheit von Grabmalanlagen, wel-



cher über eine Betriebshaftpflichtversicherung verfügt. Weiterhin muss eine Risikohaftversicherung durch den Aufstellenden nachgewiesen werden können.

§ 24

Unterhaltung von Grabmalen

- (1) Die Grabmale und die sonstigen baulichen Anlagen sind dauernd in würdigem und verkehrssicherem Zustand zu halten. Verantwortlich ist der jeweilige Nutzungsberechtigte.
- (2) Erscheint die Standsicherheit von Grabmalen, sonstigen baulichen Anlagen oder Teilen davon gefährdet, sind die für die Unterhaltung Verantwortlichen verpflichtet, unverzüglich Abhilfe zu schaffen. Bei Gefahr im Verzuge kann die Friedhofsverwaltung auf Kosten des Verantwortlichen Sicherungsmaßnahmen (z.B. Umlegung von Grabmalen, Absperren) treffen. Wird der ordnungswidrige Zustand trotz schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung nicht innerhalb einer festzusetzenden angemessenen Frist beseitigt, ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, das Grabmal oder Teile davon auf Kosten des Verantwortlichen im Wege der Verwaltungsvollstreckung zu entfernen. Die Stadt ist verpflichtet, diese Gegenstände unter schriftlicher Aufforderung zur Abholung drei Monate auf Kosten des Verantwortlichen aufzubewahren. Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder ohne besonderen Aufwand nicht zu ermitteln, genügen als Aufforderung eine öffentliche Bekanntmachung und ein Hinweisschild auf der Grabstätte, das für die Dauer von einem Monat aufgestellt wird.
- (3) Die Verantwortlichen sind für jeden Schaden verantwortlich, der durch das Umstürzen von Grabmalen oder sonstigen baulichen Anlagen verursacht wird; die Haftung der Stadt bleibt unberührt; die Verantwortlichen haften der Stadt im Innenverhältnis, soweit die Stadt nicht grobe Fahrlässigkeit oder Vorsatz trifft.
- (4) Künstlerisch oder historisch wertvolle Grabmale und bauliche Anlagen oder solche, die als besondere Eigenart eines Friedhofes erhalten bleiben sollen, werden in einem Verzeichnis geführt. Die Friedhofsverwaltung kann die Zustimmung zur Änderung derartiger Grabmale und baulichen Anlagen versagen. Insoweit sind die zuständigen Denkmalschutz- und -Pflegebehörden nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen zu beteiligen.

§ 25

Entfernung von Grabmalen

- (1) Nach Ablauf der Ruhezeit bei Reihengrabstätten/Urnenreihengrabstätten oder nach Ablauf der Nutzungszeit bei Wahlgrabstätten/Urnenwahlgrabstätten oder nach der Entziehung von Grabstätten und Nutzungsrechten sind die Grabmale und sonstige bauliche Anlagen zu entfernen. Geschieht dies nicht binnen drei Monaten, so ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, die Grabstätte abräumen zu lassen. Die Friedhofsverwaltung ist nicht verpflichtet, das Grabmal oder sonstige bauliche Anlagen zu verwahren.
- (2) Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, ohne ihre Zustimmung aufgestellte, nicht genehmigungsfähige Grabmale einen Monat nach Benachrichtigung des Inhabers der Grabnummernkarte oder des Nutzungsberechtigten auf dessen Kosten entfernen zu lassen.

§ 26

Herrichtung und Unterhaltung der Grabstätten

- (1) Alle Grabstätten müssen im Rahmen der Vorschriften des § 19 hergerichtet und dauernd in Stand gehalten werden. Dies gilt entsprechend für den Grabschmuck. Verwelkte Blumen und Kränze sind unverzüglich von den Grabstätten zu entfernen. Zuständig ist der jeweilige Nutzungsberechtigte.
- (2) Die Gestaltung der Gräber ist dem Gesamtcharakter des Friedhofes, dem besonderen Charakter des Friedhofsteiles und der unmittelbaren Umgebung anzupassen. Die Grabstätten dürfen nur mit Pflanzen bepflanzt werden, die andere Grabstätten und die öffentlichen Anlagen und Wege nicht beeinträchtigen.
- (3) Die Friedhofsverwaltung kann verlangen, dass der Nutzungsberechtigte nach Ende der Nutzungszeit oder Ruhezeit die Grabstätte abräumt.
- (4) Reihengrabstätten/Urnenreihengrabstätten sollen innerhalb von 6 Monaten nach der Bestattung, Wahlgrabstätten/Urnenwahlgrabstätten innerhalb von 6 Monaten nach dem Erwerb des Nutzungsrechtes hergerichtet werden.
- (5) Die Herrichtung, Unterhaltung und Veränderung der gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegt ausschließlich der Friedhofsverwaltung.
- (6) Die Verwendung von Pflanzenschutz- und Unkrautbekämpfungsmitteln bei der Grabpflege ist nicht gestattet.
- (7) Kunststoffe und sonstige nicht verrottbare Werkstoffe dürfen in sämtlichen Produkten der Trauerfloristik, insbesondere in Kränzen, Trauergebunden, Trauergestecken, im Grabschmuck und bei Grabeinfassungen sowie bei Pflanzenzuchtbehältern, die an der Pflanze verbleiben, nicht verwendet werden. Ausgenommen sind Grabvasen, Markierungszei-

chen, Gießkannen und anderes Kleinzubehör. Solche Gegenstände sind nach Ende des Gebrauchs vom Friedhof zu entfernen.

- (8) Die Grabeinfassung aus Stahlrahmen und Steinmaterial für Reihengräber und Wahlgrabstätten sollen eine Wandstärke von 8 cm nicht überschreiten und nur 10 cm aus der Erdoberfläche sichtbar sein. Bei starken Gefälle oder Bodenunebenheiten können Abweichungen von der Höhe der Grabeinfassungen zugelassen werden.
- (9) Die bei der Grabpflege anfallenden Abfälle sind getrennt nach Grünabfällen und nicht verrottbaren Abfällen zu entsorgen.
- (10) Wird das Nutzungsrecht vor Ablauf der Ruhefrist zurückgegeben, werden für das Abräumen, die Herrichtung und die Pflege der Grabstätte Gebühren gem. Friedhofsgebührensatzung erhoben.

§ 27

Vernachlässigung der Grabpflege

- (1) Wird eine Grabstätte nicht ordnungsgemäß hergerichtet oder gepflegt, hat der Verantwortliche (§ 28 Abs. 3) nach schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung die Grabstätte innerhalb einer angemessenen Frist in Ordnung zu bringen. Kommt der Nutzungsberechtigte seiner Verpflichtung nicht nach, kann die Friedhofsverwaltung
 - a. die Grabstätte abräumen, einebnen und einsäen und
 - b. Grabmale und sonstige bauliche Anlagen beseitigen lassen.Hierfür fällt eine Gebühr für die vorzeitige Rückgabe des Nutzungsrechts gem. Friedhofsgebührensatzung an.
- (2) Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, wird durch eine öffentliche Bekanntmachung auf die Verpflichtung zur Herrichtung und Pflege hingewiesen. Außerdem wird der unbekannt Verantwortliche durch ein Hinweisschild auf der Grabstätte aufgefordert, sich mit der Friedhofsverwaltung in Verbindung zu setzen.

§ 28

Benutzung der Leichenhallen und Leichenkammern

- (1) Die Leichenhallen und -kammern dienen der Aufnahme der Leichen bis zur Bestattung. Sie dürfen nur mit Erlaubnis der Friedhofsverwaltung betreten werden.
- (2) Sofern keine gesundheitsaufsichtlichen oder sonstigen Bedenken bestehen, können die Angehörigen die Verstorbenen während der festgesetzten Zeiten sehen. Die Särge sind spätestens eine halbe Stunde vor Beginn der Trauerfeier oder Beisetzung endgültig zu schließen. § 31 Abs. 2 bleibt unberührt.
- (3) Die rituelle Waschung des muslimischen Leichnams kann in einen separaten Raum in der Leichenhalle erfolgen. Die Angehörigen haben dafür Sorge zu tragen, dass nach der Waschung eine Säuberung/Desinfektion des Raumes vorgenommen wird. Die Kosten der Säuberung/Desinfektion des Raumes übernehmen die Angehörigen des Verstorbenen. Die Friedhofsverwaltung hat den ordnungsgemäßen Zustand des Raumes zu kontrollieren. Gegebenenfalls kann die Stadt Bad Driburg eine Säuberung durch einen Dritten vornehmen lassen. Die Kosten, die hierdurch entstehen, sind durch die Angehörigen zu zahlen.

§ 29

Trauerfeier

- (1) Die Trauerfeiern können in einem dafür bestimmten Raum (Friedhofskapelle), am Grab oder an einer anderen im Freien vorgesehenen Stelle abgehalten werden.
- (2) Auf Antrag der Hinterbliebenen kann die örtliche Ordnungsbehörde gestatten, dass während der Trauerfeier der Sarg geöffnet wird. Der Antrag kann nicht genehmigt werden, wenn der oder die Verstorbene an einer ansteckenden übertragbaren Krankheit nach dem Infektionsschutzgesetz gelitten, die Leichenverwesung bereits begonnen hat oder die Ausstellung der Leiche der Totenwürde oder dem Pietätsempfinden der an der Trauerfeier Teilnehmenden widersprechen würde.

§ 30

Haftung

Die Stadt Bad Driburg haftet nicht für Schäden, die durch nicht satzungsgemäße Benutzung der Friedhöfe, ihrer Anlagen oder ihrer Einrichtungen, durch dritte Personen oder durch Tiere entstehen. Im Übrigen haftet die Stadt nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Vorschriften über Amtshaftung bleiben unberührt. Bei der Anbringung von QR-Codes oder vergleichbaren Codierungen bleibt der Nutzungsberechtigte für die Inhalte während der gesamten Nutzungszeit verantwortlich. Der Friedhofsträger übernimmt keine Haftung für die Inhalte.

§ 31

Gebühren

Für die Benutzung der von der Stadt Bad Driburg verwalteten Friedhöfe und ihrer Einrichtungen sind die Gebühren nach der jeweils geltenden

Die Stadt Bad Driburg informiert

Die Amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Bad Driburg sind auch auf der Internetseite www.bad-driburg.de veröffentlicht.

Donnerstag, 7. Dezember 2017



Friedhofsgebührensatzung zu entrichten.

§ 32

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer
 - a) sich als Besucher entgegen § 5 Abs. 1 nicht der Würde des Friedhofes entsprechend verhält oder Anordnungen des Friedhofspersonals nicht befolgt,
 - b) die Verhaltensregeln des § 5 Abs. 2 missachtet,
 - c) entgegen § 5 Abs. 5 Totengedenkfeiern ohne vorherige Zustimmung der Friedhofsverwaltung durchführt,
 - d) als Gewerbetreibender entgegen § 6 ohne vorherige Zulassung tätig wird, außerhalb der festgesetzten Zeiten Arbeiten durchführt oder Werkzeuge oder Materialien unzulässig lagert,
 - e) eine Bestattung entgegen § 7 Abs. 1 der Friedhofsverwaltung nicht anzeigt,
 - f) entgegen § 21 ohne vorherige Zustimmung Grabmale oder bauliche Anlagen errichtet oder verändert,
 - g) Grabmale entgegen § 23 nicht fachgerecht befestigt und fundamentierte oder entgegen § 24 nicht in verkehrssicherem Zustand erhält,
 - h) nicht verrottbare Werkstoffe, insbesondere Kunststoffe, entgegen § 26 verwendet oder so beschaffenes Zubehör oder sonstigen Abraum oder Abfall nicht vom Friedhof entfernt,
 - i) Grabstätten entgegen § 27 vernachlässigt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von bis zu 1.000 Euro geahndet werden.

§ 33

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2018 in Kraft. Gleichzeitig treten die Friedhofssatzung vom 02.12.2011 und alle übrigen entgegenstehenden ortsrechtlichen Vorschriften außer Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Vorstehende Satzung wird gem. § 7 Abs. 4 GO NRW i.V.m. den Bestimmungen der Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV NRW S.516) zuletzt geändert durch Verordnung vom 05.11.2017 (GV. NRW. S. 741) öffentlich bekannt gemacht. Gemäß § 7 Abs. 6 GO NRW wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Bad Driburg, den 01.12.2017

Der Bürgermeister
Burkhard Deppe

Mitteilungen der Verwaltung

Auskunfts- und Beratungsstelle der Deutschen Rentenversicherung

Ein Sprechtag der Deutschen Rentenversicherung findet am 14.12.2017 im Rathaus der Stadt Bad Driburg in der Zeit von 08.30 Uhr bis 12.30 Uhr und 13.30 Uhr bis 16.00 Uhr statt.

Für die Versicherten ist es eine gute Gelegenheit, sich über ihr persönliches Versicherungsverhältnis und Rentenkonto informieren zu lassen und evtl. bestehende Versicherungslücken zu schließen.

Auf Grund der großen Nachfrage können Beratungen nur nach vorheriger Terminabsprache durchgeführt werden. Diese Termine können Sie telefonisch unter 05253/88-1505 oder 05253/88-1507 erfragen. Hierzu halten Sie bitte Ihre Rentenversicherungsnummer und Personalien bereit. Ein Beratungstermin dauert in der Regel 15 Minuten.

Zu dieser kostenlosen Information und Beratung sind der Personalausweis und die Rentenversicherungsunterlagen mitzubringen. Sollten Angehörige beauftragt werden, müssen diese eine Vollmacht des/der Versicherten und ihren eigenen Personalausweis vorlegen.

Stadt Bad Driburg

Der Bürgermeister
-Amt für Soziales-

Stadtverwaltung Bad Driburg

am Freitag, dem 8. Dezember 2017 geschlossen.

Die Stadtverwaltung Bad Driburg führt am

Freitag, dem 8. Dezember 2017

eine betriebsinterne Veranstaltung durch.

Die Büros der Stadtverwaltung sind deshalb an diesem Tag geschlossen.

Es sind folgende Notdienste erreichbar:

Krankentransport und Feuerwehr

Tel. 112

Stadtwerke GmbH

Tel. 0152-56876997

Abwasserwerk

Tel. 0171-8146802

Bad Driburg, den 24.11.2017

Burkhard Deppe

Bürgermeister

Fundsachen

Die folgenden Fundsachen sind seit der letzten Veröffentlichung im Fundamt der Stadt Bad Driburg abgegeben worden:

1 Brille (Sonnenbrillen, Kinderbrille u.a.)

1 Armband

Mehrere Fahrräder

8 Schlüssel

1 Handy

**1 Bild
Kleidung**

1 Schirm

Die gefundenen Gegenstände werden 6 Monate im Fundamt aufbewahrt. Haben Sie einen solchen Gegenstand verloren? Dann melden Sie sich doch einfach im Bürgerservice der Stadt Bad Driburg (Tel. 05253/88-1088). Bitte beachten Sie, dass Sie den Nachweis des Eigentums (z.B. durch Erstsatzschlüssel, genaue Beschreibung, Kaufrechnungen) erbringen müssen.

Ihr Team vom Bürgerservice
der Stadt Bad Driburg